



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 12. März 1886.

Nr. 120.

## Deutscher Reichstag.

64. Plenarsitzung vom 11. März.

Das Haus ist außerordentlich schwach besetzt.  
Am Bundesratsstische: Staatssekretär des Innern Staatsminister von Bötticher, Staatssekretär im Reichsjustizamt v. Schellng.  
Präsident v. Wedell-Piedorf eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.  
Tagesordnung:  
Zweite Berathung des vom A. g. D. Reichensperger eingebrachten Entwurfs betr. die Wiedereinführung der Berufungsinstanzen.  
Die Berathung wird bei § 76 aufgenommen.

Derjelbe wird wie die übrigen Paragraphen des Art. 1 unverändert nach den Kommissionsanträgen angenommen.

Für § 338 des Art. 3 beantragen die Abgeordneten Träger und Mündel die folgende Fassung: „Die zulässigen Rechtsmittel gegen gerichtliche Entscheidungen stehen sowohl der Staatsanwaltschaft wie dem Beschuldigten zu, soweit nicht in den §§ 354 und 368 dieses Gesetzes das Gegentheil bestimmt ist“, und für den § 354 folgenden zweiten Absatz: „Die zum Nachtheil des Angeklagten eingelegte Berufung, gegen ein Urtheil der Strafkammer kann nur auf Vorbringung neuer Thatfachen oder Beweismittel begründet werden.“

Außerdem wollen die Antragsteller in einem neuen § 368 festsetzen, daß das Urtheil der Prüfung des Gerichts unterliegen soll, soweit es auf einer Verletzung des Strafgesetzes beruht, und im Uebrigen nur, soweit es angefochten ist. Ist von der Staatsanwaltschaft die Berufung gegen ein Erkenntniß der Strafkammer zum Nachtheil des Angeklagten eingelegt, so soll das Gericht sich auf die Beurtheilung der Erheblichkeit der neu vorgebrachten Thatfachen oder Beweismittel zu beschränken haben. Die Berufung ist zu verwerfen, sobald die Beweismittel für unerblicklich erachtet werden; andernfalls ist das ergangene Urtheil aufzuheben und die Sache an dasselbe Gericht zurückzuweisen, welches in erster Instanz erkannt hat. — Gegen das darauf ergebende Urtheil ist eine nochmalige Berufung zum Nachtheil des Angeklagten unzulässig.

Geb. Reg.-Rath v. Lenthe erklärt sich gegen diese Anträge, denen die Regierungen nicht zustimmen könnten.

Abg. Dr. Reichensperger bittet nach dieser Erklärung des Regierungsoberretters, von den Anträgen Abstand zu nehmen und mit denselben bis zu gelegenerer Zeit zu warten, da sonst das ganze Gesetz gefährdet wird.

Abg. Dr. Hanel (frei.): Die Bewilligung des Rechtsmittels der Berufung hat gar keinen Werth mehr, wenn man die Berufung auch des Staatsanwalts zuläßt. Denn dann steht der Angeklagte in der Berufung wieder ebenso schutzlos da wie bisher; unter solchen Umständen schafft die Gewährung der Berufung gar keine Besserung gegenüber den jetzigen Verhältnissen.

Abg. Hintelen (Zentr.) führt aus, daß einer der Hauptgründe zur Einführung der Berufungsinstanz in dem Umfange liegt, daß der Angeklagte jetzt oft erst durch das Urtheil erfährt, warum es sich handelt. Der Vortheil, den die Berufungsinstanz in dieser Hinsicht gewähre, sei so groß, daß man die Berufung auch ohne die Mündel-Trägerschen Anträge annehmen müsse.

Die Anträge der Abgg. Träger und Mündel werden hierauf abgelehnt.

Die übrigen Paragraphen werden sodann unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen und entsprechend dem Antrage des Abg. Hintelen bestimmt, daß das Gesetz am 1. April 1887 in Kraft treten soll.

Es folgt die Berathung über den vom Abg. v. Bernuth gestellten Antrag betreffend die geschäftliche Behandlung der zum Etat gestellten Resolutionen.

Die Geschäftsordnungskommission beantragt, zu beschließen:

„Die bei der Berathung des Etats beantragten Resolutionen kommen nach Beendigung der Berathung über die Resolution zur Abstimmung, dessen deren enger Zusammenhang mit einer Position des Etats nicht die Verweisung der Abstimmung bis nach endgültiger Festsetzung der Etats-

position angezeigt erscheinen läßt, oder ein dahin gehender, von 30 Mitgliedern unterstützter Antrag dies verlangt.“

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Die Petition des Friseur Bogwadt zu Görlitz betreffend den freien Verkauf eines Haarmessers wird dem Reichskanzler als Material bei einer Revision der einschlagenden Gesetzgebung überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

L. D.: Kommunalbesteuerung der Offiziere, Nachtragetat, Ausprägung von Zwanzigpfennigstücken etc.

Schluß 4 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

38. Plenarsitzung vom 11. März.

Vize-Präsident Freiherr v. Heereman eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:  
Petitionen.

Aus den von der Kommission zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachteten Petitionen werden drei an die Kommission zur Berichterstattung zurückverwiesen.

Die Petition wegen Rückvergütung eines Stempelbetrages an die Aktiengesellschaft Vorich zu Dortmund wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Vorstand des Stolze'schen Stenographenvereins zu Berlin petitionirt um Einführung der Stenographie als Unterrichtsgegenstand in die höheren Lehranstalten.

Die Kommission beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, während

Abg. v. Schendendorff (nat.-lib.) folgende motivirte Tagesordnung vorschlägt:

„In der Erwartung, daß die Regierung im Hinblick auf den Nutzen, den die Stenographie, als eine verkürzte Schreibweise, sowohl für den allgemeinen Schulunterricht, als auch für das praktische Leben mannigfach zu gewähren im Stande ist, den auf Verbreitung der Stenographie gerichteten Bestrebungen dort, wo sich ein Bedürfnis hierfür zeigt, auch fernerhin eine wohlwollende Beachtung und Förderung neben dem sonstigen Unterricht zu Theil werden lassen wird, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Dr. Kropatschek (kons.) schließt sich aus pädagogischen Rücksichten dem Antrage der Kommission an.

Abg. Dr. Vangerhans (frei.) tritt für motivirte Tagesordnung ein. Die Stenographie führe nicht zu einer Belastung der Schule, sondern im Gegentheil zu einer Entlastung derselben.

Abg. Peters (Zentrum) erachtet das rein mechanische Nachschreiben eines Vortrags für minder bildend als die Aufzeichnung kurzer Notizen. Er unterschätzt nicht den Nutzen der Stenographie für Industrielle, Kaufleute etc., glaubt aber, daß der Nutzen derselben für das Volk gering sei.

Abg. Dr. Birchow (frei.) befürwortet motivirte Tagesordnung und tritt insbesondere dem von Dr. Kropatschek aufgestellten Bedenken entgegen, daß die Grammatik unter der Stenographie leiden würde.

Reg.-Kommissar Geh. Schulrath Bonih: Die angestellten Ermittlungen hätten zu dem Ergebnisse geführt, es bei dem gegenwärtigen Verhältnisse zu belassen, d. h. der Stenographie kein Hinderniß in der Weg zu legen, sie aber nicht obligatorisch einzuführen. Es habe sich herausgestellt, daß nur ein ganz geringer Bruchtheil von Schülern, welche stenographischen Unterricht genommen, wirklich Nutzen davon gehabt.

Abg. v. Haugwitz (kons.) befürwortet strikte Zurückweisung der Petenten. Die Annahme der motivirten Tagesordnung würde nur dazu führen, die Petenten glauben zu machen, daß ihr Verlangen schließlich doch noch Berücksichtigung finden werde.

Der Antrag des Abg. v. Schendendorff wird abgelehnt, einfache Tagesordnung angenommen. Ueber eine Petition um Wiederanschulung evangelischer Handwerker aus der Ortshauschule

in Penskowo, Kreis Czarnikau, wird zur Tagesordnung übergegangen, eine Petition um Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer in Peterswalbau und Langenbielau dagegen der Regierung als Material für die spätere gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung wird eine Petition um Vergütung für Kriegsschäden in Schleswig aus dem Jahre 1864 erledigt.

Die Justizkommission empfiehlt, über die Petition des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu Trebbin um Errichtung eines Amtsgerichts dortselbst gleichfalls zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Wolff (kons.) beantragt die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Meyer-Breslau (frei.) und Dr. Windthorst befürworten Berücksichtigung, worauf der Antrag Wolff unter großer Heiterkeit nahezu einstimmig angenommen wird.

Der Magistrat zu Schönebeck a. d. Elbe bittet um Uebernahme der Kosten, welche zur Zeit den Schulgemeinden durch die Schulaufsicht entstehen, auf Staatsfonds. Die Petition wird der Regierung als Material für die künftige Gesetzgebung überwiesen.

Einwohner weisfällischer und rheinländischer Städte bitten um gesetzliche Regelung des Feuerlöschwesens in Preußen. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. v. Meyer-Knawalde tritt für die Petition ein und wünscht speziell Heranziehung der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten ständiger Feuerwehren.

Abg. v. Hülsen (kons.) beantragt eine motivirte Tagesordnung, welche die Petenten auf das Reskript des Ministers des Innern vom 30. Mai 1884 über den Gegenstand, sowie auf den Weg der Selbstverwaltung verweist.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) befürwortet diesen Antrag unter Verweisung auf die befriedigende Entwicklung des Feuerlöschwesens in der Provinz Sachsen.

Abg. Meßner (Zentr.) tritt in längerer Rede für die Heranziehung der Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten der Feuerwehren ein und befürwortet demgemäß den Antrag des Abg. v. Meyer.

Abg. v. Hülsen wendet sich gegen das gegenwärtige Streben, Alles auf dem Wege der Gesetzgebung machen zu wollen, was ganz gut aus eigener Kraft vollbracht werden könnte.

Der Antrag des Abg. v. Hülsen wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung (Kulturetat).

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 11. März. Vor dem Palats des Kaisers sammelt sich jetzt Tag für Tag in den Mittagsstunden eine nach vielen Hunderten zählende Menge an, die von dem Besinden des greisen Monarchen durch den Augenschein sich überzeugen will. Gestern beim Vorbemarsch der Wache wurde lebter der Wunsch, den Kaiser zu sehen, nicht erfüllt.

Die „Gera.“ schreibt: „Bei der gestrigen (Mittwochs-) Debatte über das Militär-Pensions-Gesetz drückte der Abg. Dr. Windthorst die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, das Gesetz zu Stande zu bringen, und zwar nicht bloß der Offiziere wegen, sondern des Antragstellers wegen, dem eine Freude zu machen er jeder Zeit bestrebt sein werde. Der Abg. Feldmarschall Graf Wolke ging sodann auf den von der Tribüne herunterstiegender Zentrums-Führer zu und schüttelte ihm dankbar die Hand.“

Einer Meldung der „Hamb. Nachr.“ zufolge ist das Gerücht verbreitet, Bischof Kopp werde zwischen dem Abschluß der kirchenpolitischen Kommissionsverhandlung und der Plenarberathung im Herrenhause zu Verhandlungen mit der Kurie nach Rom reisen. Auch anderweit verlautet, daß die Festsetzung des Kommissions-Berichtes und demgemäß auch die Plenarberathung desselben im

Herrenhause „aus erklärlichen Gründen“ noch längere Zeit hinausgeschoben werden wird.

— Aus Brüssel schreibt man der „Voss. Ztg.“: Bei dem ersten Indienststellen des neuen Stahldampfschiffes „Stadt Antwerpen“, des ersten Schiffes für die sich bildende Flotte, haben durch ein falsches Manöver auf der See 1 Offizier und 2 Matrosen ihren Tod gefunden. Jetzt stellt sich heraus, daß die Mannschaft nur aus Flämändern, die Offiziere aus Wallonen, die kein Flämisch verstehen, bestanden.

— Man schreibt dem „B. B. C.“ aus London:

Ein Redakteur des „Family Magazine“ hat vor Kurzem mit Herrn Stanley eine sehr interessante Unterhaltung über die gegenwärtigen Zustände im Kongo-Staate gehabt, der wir Folgendes entnehmen:

Der Journalist: Herr Stanley, welches ist Ihre Meinung über den Kongo Staat hinsichtlich der Kolonisation und namentlich als Feld für europäische Auswanderer betrachtet?

Stanley: Sagen Sie mir nichts davon, so weit sind wir noch lange nicht. Der Kongo ist für europäische Kolonisation noch nicht reif, und ich selbst habe systematisch Alles vermieden, was man mir als Auswanderungs-Propaganda auslegen könnte. Man ist sich im Allgemeinen noch immer nicht über die ungeheure Schwierigkeit, in das innere Land einzubringen, klar, diese Schwierigkeit wird erst beseitigt sein, wenn der Kongo seine Eisenbahn haben wird. Andererseits ist das Klima am Kongo — z. B. in der Gegend zwischen Vivi und Leopoldville — für Europäer geradezu fürchterlich. Die Region am oberen Kongo ist dagegen ebenso gesund, wie das Klima im südlichen Europa. Von vornherein müssen die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, aber unglücklicherweise ist Europäern, die sich nach dem Kongo wandten, sehr schwer Vernunft beizubringen. Sie wollen es mir nicht glauben, daß man ein Philosoph sein muß, wenn man beabsichtigt, sich am Kongo anzufesteln.

Der Journalist: Natürlich werden sich diese Gefahren des Klimas mindern, wenn die Eisenbahn vollendet sein wird, da man aledann schnell Leopoldville erreichen können.

Stanley: Der Einfluß der Eisenbahn wird auf die ganzen Zustände am Kongo ein ungeheurer sein, größer als jener, den die ersten englischen Eisenbahnen im Königreich hervorbrachten. Wird sie doch allen ferneren afrikanischen Schienenwegen als Muster dienen; nur Eisenbahnen aber vermögen Afrika der Zivilisation zu erschließen. Da liegt ein Erdtheil vor uns, fünf Mal größer als ganz Europa, und der trotzdem unruhig, unfruchtbar und leblos bleibt. Warum? Nur weil sich die Europäer vor dem tropischen Klima fürchten; und doch würde dasselbe für sie fast ohne jede Gefahr sein, wenn die Auswanderer Vernunft annehmen würden.

Der Journalist: Sie schreiben also die Sterblichkeit, die unter den Europäern am Kongo herrscht, mehr Ihrer Nachlässigkeit, als dem Klima zu?

Stanley: Zweifellos; und ich habe das Recht hierzu, denn meine Erfahrungen habe ich theuer genug erkaufen müssen. Im Verlaufe meiner Reisen durch Zentral-Afrika bin ich nicht weniger als ungefähr zweihundert Mal vom Fieber überfallen worden. Nun, ich kann jetzt sagen, daß ich unter vier Fällen dreimal selbst die Schuld an dem Ausbruch der Krankheit trug. Zuerst hatte ich Niemanden um mich, der mich auf die Eigenthümlichkeiten des Klimas aufmerksam machen konnte, ich mußte das Wesen des Fiebers daher an meinem eigenen Körper studiren. Diejenigen, welche aber jetzt an den Kongo gehen, sind doch besser daran als ich; man hat sie mit den Gefahren des Klimas vertraut gemacht, sie haben weiter nichts zu thun, als Vorsicht walten zu lassen und für gute Ernährung zu sorgen. Vor allen Dingen aber müssen sie nüchtern sein; wer mit Anlagen zum Trunk an den Kongo geht, kehrt sicher niemals wieder in die Heimath zurück.

Der Journalist: Welche unmittelbare Wirkung wird nun nach Ihrer Ansicht die Eröffnung der Eisenbahn haben?

Stanley: Die Eisenbahn wird in den düsteren Zuständen eine völlige Umwälzung hervor-

bringen. Sie wird dem Lande selbst neue Lebens-Elemente zuführen und die Zivilisation bis in das Herz von Afrika tragen. Gegenwärtig giebt es in Stanley-Pool schon einige tausend eingeborene Trassanten und an jenem Punkt des niederen Kongo, wo die Schifffahrt aufhört, hat sich eine Anzahl europäischer Händler anständig gemacht. Die letzteren wohnen so nahe bei den Katarakten, daß sie das Tosen des Wassers vernahmen können. Nun, diese zwei Klassen von Kaufleuten haben untereinander gar keine Beziehungen, einfach, weil sie eine Barriere von 235 Meilen von einander trennt. Den einzigen Austausch zwischen ihnen vermitteln die eingekorenen Träger, und wenn's hoch kommt, können diese Träger im Laufe eines Jahres 1200 Tonnen von einem bis zum andern Ende transportiren. Unter solchen Verhältnissen ist freilich jeder Fortschritt unmöglich. Wenn aber die Eisenbahn eröffnet sein wird, werden diese 1200 Tonnen so viel bedeuten wie einige Tropfen Wasser im Ozean, und es wird sich ein Handelsverkehr von ungeahnter Größe entwickeln.

Der Journalist: Ist nach ihrer Ansicht der schwierige Transport gegenwärtig die Ursache des theuren Preises des Eisenbeins?

Stanley: Gewiß. Das Eisenbein ist beinahe aus den bisher zugänglichen Theilen Afrikas verschwunden. Aber in den entlegeneren Gegenden ist es, ebenso wie der Kautschuk, in Ueberschül vorhanden. Die Eingeborenen wünschen nichts Besseres, als uns ihr Eisenbein zu verkaufen, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Transport auch für sie ein viel zu schwieriger. Wir müssen daher ein Thor eröffnen, und man wird sehen, welche Handelsstufen sich daraus ergeben werden.

Der Journalist: So wird also eine der ersten Folgen der Eröffnung der Eisenbahn ein Sinken des Eisenbeinpreises sein?

Stanley: Zweifellos, und ebenso desjenigen des Kautschuks. Mit Leichtigkeit wird die ganze Welt alsdann auf 50 Jahre mindestens mit diesen beiden Artikeln versorgt werden können.

— Die Pariser Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Sitzung vom 8. d. Mts. dem Projekte zugestimmt, für Pasteur ein Heilinstitut gegen die Tollwuth zu errichten, welches zur Aufnahme sowohl von kranken Franzosen wie von Ausländern bestimmt sein soll. Henri de Parville veröffentlicht im „Journal des Debats“ einen eingehenden Artikel, in welchem Einzelheiten über die Organisation dieses durchaus internationalen Institutes mitgetheilt, sowie zu einer allgemeinen Subskription aufgefordert wird. Etwa zwei Millionen Franks werden für die Errichtung der Gebäude, sowie für die Rente notwendig sein, durch welche das Funktioniren der verschiedenen Dienstzweige ermöglicht wird. Die Zahl der Personen, welche in dem „Institut Pasteur“ alljährlich zur Behandlung kommen soll, wird auf etwa 3000 geschätzt, während die Kosten für jeden einzelnen Kranken auf 40 Frs. belaufen sollen. Henri de Parville weist auf die große Bedeutung des humanitären Werkes hin. „Es ist ein fürchterlicher Tod,“ bemerkt er unter anderem, „der befestigt worden ist.“ Es ist ferner ein ungeheurer Horizont, der sich für die Therapie der ansteckenden Krankheiten erschließt. Man hat dies auch allerwärts wohl begriffen und schickt sich überall an, wissenschaftliche Missionen nach der Ecole normale zu senden. Im „Journal des Debats“ wird konstatiert, daß die Beiträge nicht bloß aus Frankreich — unter anderem eine Summe von 40,000 Franks vom Grafen de Laubespin —, sondern auch aus dem Auslande zahlreich einlaufen. Oesterreichische Blätter berichteten in diesen Tagen, daß der Kaiser Franz Joseph sich lebhaft für die Angelegenheit interessire.

— Aus Madrid, 7. März, berichtet der Korrespondent der „N. Pr. Ztg.“ über eine Unterredung, welche er am Tage der Hochzeit der Infantin Eulalia mit dem Herzog von Sevilla im Zellengefängnisse von Madrid gehabt hat. Nach einem heftigen Ausfall gegen seine Rache machte der Herzog in gesteigerter Entschiedenheit in Ton und Gesticulation Bemerkungen, die der Korrespondent, wie er erklärt, wörtlich wie folgt wiedergiebt:

„Ich bin Bourbon mit liberalen Ansichten (wörtlich: Soy Borbon de ruza liberal) und will keine Gemeinschaft haben mit den Bourbons und Habsburgern, welche Feinde der Freiheit sind. Ich folge der Tradition meines Vaters und gebe vielleicht noch etwas weiter, als er. Ich trete offen und entschieden für die Restauration des Freistaates ein. An dem Tage, an dem ich von dem Begräbniß meines Vaters, Königs Alfons XII., zurückgekehrt war, habe ich im Schoße meiner Familie gesagt, daß die Monarchie mit Alfons XII. gestorben ist. Ich bin nicht genehmigt, die Interessen der Nation jenen der Dynastie zu opfern. Wenn meine Verwandten es thun, um so schlimmer für sie. Ich beklage es und sehe meine Hoffnungen auf die Republik. Sie können es weiter sagen; ich mache kein Geheimniß daraus. Ich gehe zur Republik, ohne mich an mein Herkommen zu kehren, denn meine persönlichen Verpflichtungen sind mit Alfons XII. gestorben, und Sie sehen ja selbst, daß die Bande der Verwandtschaft auch für andere nicht gelten, denn sie hindern Niemand, mich zu verfolgen. Mich kümmern sie noch weniger.“ „Es kommt noch hinzu“, fuhr der Herzog fort, „daß die Königin unbeliebt und Ausländerin ist. Ihre persönlichen Interessen laufen jenen des Landes zuwider. Ich empfinde als Spanier und lehne mich dagegen auf. Aus vielen Ländern habe ich sym-

pathische Zuschriften erhalten; nur aus Deutschland und Oesterreich schickt man mir anonyme Briefe, die Schmähungen enthalten. Sie erreichen meist die Höhe meiner Verachtung. Ich bin ein Gegner Deutschlands, aber deshalb, weil ich Spanier bin, und weil ich glaube, daß die Interessen beider Länder sich gegenüberstehen — aber ich bin ein loyaler Gegner.“ Am Schlusse dieser heftigen Rede bemerkte der Herzog: „Ich glaube, daß man meine Gefangenschaft in die Strafe des Exils verwandeln wird. Ich erinnere auch, daß ich, wie Alfons XII. wohl wußte, zwei republikanische Aufstände im Keime erstickt habe; ich habe meine Gesundheit im Dienste des Heeres der Monarchie erschüttert. In Zukunft werde ich mich keiner republikanischen Regierung entgegenstellen, sondern ich werde dem Lande in jeder Weise mit meinem Leben dienen.“

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. März. In der gestrigen letzten Sitzung des 12. pommerschen Provinzial-Landtages referirte namens der Kommission Herr Deconomierath Kette-Jansen über den dem Landtage zur Begutachtung vorliegenden Entwurf einer Verordnung betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Pommern. Die Kommission hat sich im Wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden erklärt und nur einige wenige Änderungen in Vorschlag gebracht. Die Kommissions-Vorschläge, sowie ein von Herrn Mühlensbeck-Wachlin zu § 3 auf Aenderung der Fassung dieses Paragraphen gestellter Antrag wurden angenommen, ebenso folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution: „Die königliche Regierung zu ersuchen, eine Zusammenstellung der in früheren Fischereiverordnungen enthaltenen noch gültigen Vorschriften, nach den einzelnen Regierungs-Bezirken geordnet, zu publiziren.“

Der Provinzial-Haushaltungs-Etat für das Jahr 1886—87 wurde in Ordinarium und Extraordinarium auf 3,055,500 Mark festgesetzt. Zu dem Etat wurde folgender Antrag des Provinzial-Ausschusses angenommen: 1) die für das Etatsjahr 1885—86 für die Bildung einer Gewerbelammer bewilligten und nicht verausgalteten 5000 Mark unter denselben Bedingungen in den Etat für das Jahr 1886—87 einzustellen; 2) dem pommerschen Provinzial-Verein zur Bekämpfung des Bagabondenthums zur Deduktion des pro 1. April 1886—87 bevorstehenden Defizits ein zinsfreies Darlehen aus Provinzialmitteln, nach Bedürfnis vorzuschußweise durch den Landesdirektor zahlbar, bis zum Höchstbetrage von 15,000 Mark mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die Eintragung desselben unmittelbar hinter den bereits dargeliehenen 60,000 Mark und circa 19,500 Mark unter denselben Modalitäten am Schlusse des Etatsjahres bewirkt wird; 3) den Provinzial-Haushalts-Etat und den Spezial-Etat VIII. (Chaussee- und Wegebau) sowohl im Ordinarium als im Extraordinarium für das Jahr vom 1. April 1886 bis Ende März 1887, die auf dem Titelblatt des ersteren sub I. bis VII. aufgeführten Spezial-Etats dagegen im Ordinarium für die Zeit vom 1. April 1886 bis Ende März 1888 und im Extraordinarium für die Zeit vom 1. April 1886 bis Ende März 1887 festzustellen.

Einige weitere Gegenstände, welche noch zur Erledigung gelangten, sind ohne allgemeines Interesse.

Damit waren die Aufgaben des Landtages erledigt. Der Ober-Präsident Graf Behr-Regendanz sprach den Mitgliedern desselben in kurzen Worten den Dank für ihre Thätigkeit aus und erklärte im Namen Sr. Majestät des Königs den 12. Provinzial-Landtag von Pommern für geschlossen.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser schloß sodann der Vorsitzende, Herr v. Köllner-Kantred, um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr die Sitzung.

Der Verwaltungsrath der preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft hat in seiner gestrigen Sitzung den Geschäfts-Abschluß pro 1885 fertig gestellt und wird der General-Versammlung eine Dividenden-Vertheilung von 26 Prozent vom Einschuf, gleich 78 Mark pro Aktie, in Vorschlag bringen.

Von Herrn Gustav Mahlow hier selbst ist ein Patent auf einen Spiegel-Reflektor-Halter an Klavieren angemeldet worden.

Anfang April wird an unserem Stadttheater eine interessante Operneuheit das Licht der Lampen erblicken. Dieselbe betitelt sich „Der Spton“ und ist von Eugen Schneider, unserem mehrfach mit Glück schriftstellerisch thätig gewesenen Mitbürger, verfaßt und von Robert Kraß, dem allgemein bekannten und geschätzten Stettiner Musikdirigenten und Lehrer komponirt. Handlung wie Musik der Oper wird von Vertrauten des Librettisten und Tonstüpfers gleich lebhaft gerühmt, so daß wir einer höchst interessanten Aufführung entgegen sehen.

Vom 15. September 1885 bis zum 1. Februar d. Js. bewohnte bei einer Schneiderfrau Albrechtstraße 6 der Privatlehrer Karl R. ein möblirtes Zimmer und hat sich derselbe in dieser Zeit gegen seine Wirthin verschiedene Unterstellungen zu Schulden kommen lassen; so entlieh er von derselben eine goldene Herren-Remontoir-Uhr im Werthe von 150 Mark, sodann eine goldene Herrenuhr mit goldenem Medaillon im Werthe von 93 Mark und einen goldenen Siegelring mit grünem Stein im Werthe von 15 Mark. Wie sich jetzt, nachdem sich der Privatlehrer heimlich entfernt hat, herausgestellt, hat derselbe die Uhr

besteht Kette an einen Kaufmann für 170 Mark verkauft. Weiter hat er eine ihm von seiner Wirthin zur Besorgung an einen Uhrmacher übergebene goldene Damen-Remontoir-Uhr im Werthe von 60 Mark versetzt. Der jetzige Aufenthalt des Lehrers ist nicht bekannt, doch ist dessen Verhaftung beantragt.

### Aus den Provinzen.

Uckerwünde, 10. März. Nunmehr ist bestimmt festgesetzt, daß am 27. Juni d. J. außer dem 5. pommerschen Feuerwehrtag auch der preussische Landes-Feuerwehr-Ausschuß am hiesigen Orte zusammenkommen wird.

Stargard, 11. März. Die „Starg. Ztg.“ schreibt: In unserer Nachbarstadt Freienwalde herrscht eine allgemeine, sich täglich steigende Aufregung, nachdem auch weitere Kreise einen Einblick in die Verhältnisse der dortigen Vorklasse erhalten haben, und der Kassirer, Lehrer Splittgerber, bis jetzt spurlos geblieben ist. Die vor 25 Jahren von Privatien gegründete Vorklasse ist keine eingetragene Genossenschaft, obgleich das Statut die Form, welche für solche vorgeschrieben, namentlich auch die Solidarität, aufweist. Das Statut ist aber weder dem Magistrat, noch der Regierung zur Genehmigung vorgelegt worden, sondern man hat ruhig losgewirtschaftet. Dadurch werden die Rechtsverhältnisse äußerst verwickelt. Seit mehreren Jahren ist der durchgegangene Sp. Kassirer und zwar mit weitgehender Vollmacht. Er verwalte allein die Gelder, nahm Einzahlungen an, gewährte Darlehen an wen er wollte und, wo es sich um einen Bürgen handelte, machte er denselben, wie es in etwa 20 heute bekannten Fällen geschehen. Der Kontrolleur, Herr Kantor B., und der Vorsteher, Herr H., nahmen nicht genügend Einsicht in die Kassensführung, ebenso wenig die Ausschussmitglieder, da sie sämmtlich zu dem Sp. ein unbegrenztes Vertrauen hatten und dem Herrn durch eine Kontrolle kein Misstrauensvotum geben zu dürfen vermeinten. Am Mittwoch, den 3. d., verließ Sp. und hat, wie sich ergeben, in Jabobshagen eine der Kasse verpfändete Obligation für 6600 Mark, sowie einen Pfandbrief über 600 Mk. veräußert, ist an demselben Tage hier in Stargard gesehen worden, und seitdem fehlt jede Spur. Erst am Sonnabend schritt man denn zu einer Untersuchung der Kasse, da die Sache bedenklich schien. Das gewaltsam geöffnete Geldschloß zeigte einen Kassenbestand von 46 Mark und von den vorgefundenen Becheln erweisen sich bereits mehrere laut beigebrachten Quittungen als bezahlt. Das Hauptbuch ist seit Oktober 1884 überhaupt nicht mehr geführt, seit jener Zeit auch keine Versammlung gewesen, außer einer Ausschussung am 29. Dezember 1884, in welcher der Kassirer sein Defizit auf einen Pfennig angab, was ihm ohne Weiteres ungenügend geglaubt wurde, als er diesen Minusbetrag sofort zur Kasse legte. Ferner machte Sp. den Mitgliedern noch im vergangenen Jahre bekannt, daß eine Dividende von 9 Prozent verdient worden sei. Diese sollte natürlich den Einzelnen gutgeschrieben werden, Niemand wußte aber oder bemühte sich darum, zu erforschen, woher diese Dividende stammte. Jetzt liegt eine Konfession sondergleichen vor, und wenn auch, wie beabsichtigt, ein Sachverständiger aus Stargard herangezogen wird, so ist es doch eine reine Unmöglichkeit, den Stand der Kasse, die Aktiva und Passiva festzustellen, da jeder Anhalt, jedes Material dazu fehlt. Das Defizit wird sehr verschieden taxirt, man spricht von 30, 50, 90 und selbst 120,000 Mark. 342 Mitglieder gehören der Kasse an, von denen man kaum die Hälfte für zahlungsfähig hält und von dieser Hälfte werden mehrere, falls sie zur Schadenzahlung herangezogen werden können, ihren sicheren wirtschaftlichen Ruin finden. Inwiefern die Solidarität in Anspruch genommen werden wird, ist noch nicht festgesetzt. Zunächst werden laut heutigener Bekanntmachung die Gläubiger der Kasse zur Anmeldung ihrer Forderungen ersucht und wird es eine Menge Prozesse geben, bevor die Regulirung der unliebsamen Kassenangelegenheit bewirkt sein wird. — Der Herr Untersuchungsrichter des hiesigen Landgerichts hat bereits einen Steckbrief gegen den flüchtigen Splittgerber erlassen.

### Kunst und Literatur.

A. Todt, Vier Festmottetten für gemischten Chor. Op. 76. Leipzig bei M. Heffer. Preis Partitur 1 M., jede Stimme 30 Pf. — Der Satz der Motette ist klar und streng kirchlich im Hymnenstile gehalten und eignet sich gut für höhere Schulen und Gesangsvereine, indem hier selbst Hören mit nur mäßigen Kräften klassisch und wohlklingende Sachen geboten werden. Die Ausstattung ist sauber. [93]

### Lebenserinnerungen.

Von Levin Schüding. 2 Bände. Breslau, S. Schottlander.

Schüdings ganzes Leben ist ungewöhnlich reich an Berührungen und Begegnungen mit interessanten und großen Menschen gewesen, theils waren diese Schöngelster und Gelehrte, theils Personen von hoher öffentlicher Stellung, staatsmännische Berühmtheiten u. s. Seine eigene Gattin war unter dem Namen Louise von Hall eine bedeutende Schriftstellerin. Er schildert in den ihm eigenen farbenreichen Tönen seine Begegnungen und Beziehungen mit Annette v. Droste-Hülshoff, Ferd. Freiligrath, Karl Guplow, Karl Simrod, Verthold Auerbach, Franz List, Theodor Döring, Eduard Muller, Fürst Wrede, Grillparzer, Augustus Brän, Halm, Bauernfeld, Hammer-Burg-Hall, Litzow, Feuchtersleben, Nikolaus Lenau,

Baren von Cotta, Ladislaus Pyder, Dingeldei, Haaländer, Emma von Meendorf, Emanuel Geibel, Saphir, Justinus Kerner, Wilhelm von Raubach, Gustav Kolbe, Friedrich List, Sophie Schröder, Roderich Benedix, Heinrich König, Gottfried Kinkel, Heinrich Laube, Moritz Hartmann, Erzbischof Zucalmaglio, Adolf Stahr, W. Fischer in Stuttgart, Therese von Bacharach, Barnhagen von Ense, Alexander von Humboldt, Fanny Lewald, Henriette Paalow, Jakob Benedix, Alexander Herzen, Blaise de Bury, Ponsard, Heinrich Heine, Vater Deiner, Alfred von Neumont, von Uesedom in Rom, Fürstin Belgiojoso, Markus Niebuhr, Wilhelm Alexis und Anderen, und da er über alle diese Persönlichkeiten etwas Interessantes zu sagen weiß, was auf deren eigenes Leben oft die wichtigsten Streiflichter fallen läßt, da er in Deutschland, Frankreich, Italien bald hier, bald dort seinen Lebensanker einschlug, so läßt sich danach der literarische und zeitgeschichtliche Werth der „Lebenserinnerungen“ ermessen. Der Verfasser hat sich damit ein dauerndes Denkmal gesetzt. [96]

### Bermischte Nachrichten.

— Der Krefelder Ackerklub hatte bei Tellier in Paris ein Boot bestellt. Darauf antwortete Herr Tellier, wie der „Wassersport“ mittheilt, Folgendes:

Paris, 20. Juni 1884.

Gemäß der Gewohnheit Ihres Landes, suchen Sie sich auf jede Weise Zeichnungen von französischen Arbeiten zu verschaffen, um dieselben, so gut Sie können, nachzuahmen; wir Franzosen kopiren Niemanden. Durch unablässiges Arbeiten bin ich zu einem europäischen Rufe gelangt, ich fürchte auf den Weltausstellungen Niemanden; überdies sehe ich nur Einen Weg, uns zu verständigigen; ich habe bei der Artillerie gedient, hoffe bei der Einnahme Berlins mitzuhelfen und Ihnen dann die gewünschten Zeichnungen persönlich zu überbringen.

Empfangen Sie meine Grüße.

Tellier.

Darmstadt, 9. März. Unser Karneval hat ein furchtbares Opfer gefordert. Schon gestern Nachmittag erregte ein Bär, der mit einem Bärenführer und einem Gelbeinsammler durch die Straßen tanzte, ein heiteres Aufsehen. In der Maske des Bären sah ein nicht besonders gut beleumdeter Mann, Cigarrenarbeiter Johann Amend. Derselbe produzirte sich am Abend nach 10 Uhr auch in seinem Kostüm in der Wirthschaft zum „Auler“. Als er sich dabei zum Tanz einen Stod ins Genick stecken wollte, kam er mit der rechten Hand der Gasflamme zu nahe, der Aermel fing Feuer, und als er mit der linken Hand zum Löschen zuschlug, flammte auch der linke Aermel auf. Da wollte der Unglückliche das Kostüm auf der Brust aufreißen — der Erfolg war, daß die ganze Person in hellen Flammen stand. Alles sprang entsetzt aus dem Fenster, und selbst seine Freunde ließen ihn im Stiche. Nur ein einziger Gast machte den Versuch, die Flamme mit seinem Mantel zu erlösen, verbrannte sich aber Bart und Gesicht, so daß auch er davon sprang. Später gelang es Anderen, die Feuerzäule des Bären auf die Straße zu dirigiren, wo Amend, mit fürchterlichen Brandwunden bedekt, endlich aus der Bärenumhüllung befreit werden konnte. Leider vernahmen wir, daß er an seinen Verletzungen heute früh im Spital verschieden ist.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

Raunburg a. S., 11. März. In dem Diäten-Prozesse des Fiskus gegen den Reichstags-Abgeordneten Heine hat der dritte Zivilsenat des hiesigen Oberlandesgerichts dahin erkannt, der Beklagte Heine sei schuldig anzuerkennen, daß er die ihm als Abgeordneten von seiner Fraktion gewährten Gelder an den Fiskus erstatten müsse.

Paris, 11. März. Bei dem Eisenbahnzusammenstoß zwischen Mentone und Monaco sind, wie die Bahnverwaltung mittheilt, 2 Personen getödtet und etwa 20 verwundet. Außerdem wird 1 Person vermißt.

Paris, 11. März. Deputirtenkammer. Bischof Freppel begründet die Interpellation über die Aufhebung der Vikariate und beschuldigt die Regierung, daß sie das Finanzgesetz ohne jede Mittheilung und ohne Würde zur Ausführung gebracht und, zumider dem Konfordat, eine Desorganisation in dem Kulturwesen herbeigeführt habe. Minister Goblet erwidert, die Aufhebung der Vikariate sei gemäß den vom Parlamente gefaßten Beschlüssen erfolgt, die Maßregel sei nicht gegen die Religion gerichtet, die Gehalts-Bewilligungen für die Vikariate beruhten nicht auf dem Konfodate, sondern seien vergünstigungsweise erfolgt und jetzt aus Sparsamkeitsgründen zurückgezogen worden. Die Kammer ging über die Interpellation zur Tagesordnung über.

Belgrad, 11. März. Die Abreise der Minister nach Niß ist im letzten Augenblicke auf morgen verschoben.

Konstantinopel, 11. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) Nachdem die Angelegenheit wegen der türkisch-rumelischen Zollgrenze in befriedigender Weise erledigt ist, sind nunmehr sämtliche Vorkämpfer ermächtigt worden, an der Konferenz theilzunehmen, welche am Sonnabend hier zusammentreten soll. Es sind noch einige Punkte untergeordneter Bedeutung zu erledigen, doch gilt es für wahrscheinlich, daß noch vor Sonnabend ein Einvernehmen erzielt werden wird.



